

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Donnerstag, **22.11.2018**, 17:18 Uhr - 20:20 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Olaf Bloch, Astrid Bühl, Gaby Comos-Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Elke Haves, Thomas Kollmann, Petra Seyfferth (ab 17:30 Uhr; TOP 5), Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Christoph Kattentidt, Otto Reiners, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Siegfried Köhl,

Sachkundige Einwohner/innen:

Ahmad Alhamwi (ab 19:33 Uhr; TOP17.2), Yildirim Eroglu (bis 19:33 Uhr; TOP 17.2), Hartmut Kraul (bis 20:20 Uhr; bis Ende öffentlicher Sitzungsteil), Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Hans-Joachim Fürstenberg, Jutta Höper, Monika Jürgensmeier, Florian Meyer, Simone Peuling-Heerstraß, Georg Piepel, Ines Pietsch, Marco Ruppel, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Frank Treutler, Petra Woldt, Andreas Woltering,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Jens Christian Heinemann, Otmar Knüvener, Sylvia Rietenberg, Ulrich Schülbe, Margareta Seiling,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 22.11.2018

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|---------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0515/2018</u>
VI | 5. | "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 2: "Operative Ziele" |
| <u>V/0628/2018</u>
III | 6. | Vom Umwandlungsmonitoring zum Quartiersdialog (Pilotprojekt `Hansaviertel/Hafen`) - Zwischenbericht zum Sachstand |
| <u>V/0692/2018</u>
IV | 7. | Räumliche Erweiterung und erweitertes Leistungsangebot des Drogenhilfezentrums INDRO e.V. - Errichtungsbeschluss - |
| <u>V/0733/2018</u>
V | 8. | "Familiensprechstunde", Zwischenbericht des vom Land geförderten Präventionsprojektes für Kinder und Jugendliche mit psychisch erkrankten oder suchterkrankten Eltern |

- | | | |
|--------------------------|-------|---|
| <u>V/0968/2018</u>
V | 9. | Wohnraum für Wohnungslose schaffen - "Housing first" in Münster umsetzen; Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat Nr.: A-R/0049/2018 |
| <u>V/0896/2018</u>
V | 10. | Projekt "Einwanderung gestalten NRW" - Zwischenbericht |
| <u>V/0834/2018</u>
V | 11. | Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2019 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| <u>V/0444/2018</u>
V | 12. | Neukonzeptionierung einer Arbeitsmarktkonferenz |
| <u>V/0903/2018</u>
V | 13. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2019 des Jobcenters der Stadt Münster |
| <u>V/1024/2018</u>
V | 14. | Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für das Jahr 2019 |
| <u>V/0792/2018</u>
IV | 15. | Förderung von freien Trägern im Bereich Jugend, Schule, Gesundheit und Soziales |
| <u>V/0845/2018</u>
V | 16. | Bericht zur Schuldner- und Insolvenzberatung in Münster |
| | 17. | Etatberatungen 2019 |
| <u>V/1010/2018</u>
V | 17.1. | Städtische Zuschüsse in Aufgabenbereichen mit Beratungskompetenz des ASSGV Af: Vorbereitung der Beratung von Anträgen zum Haushalt 2019 |
| | 17.2. | Beratung des Haushaltsplans 2019 (Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne) |
| | 18. | Verschiedenes |

Herr Kollmann eröffnete um 17:18 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Frau Arnkens-Homann wies darauf hin, dass wegen der umfangreichen Tagesordnung und der Etatberatungen alle nachfolgend genannten Mitteilungen vorab per mail an die Mitglieder versandt worden seien. Außerdem würden alle versandten Mitteilungen der Niederschrift beigelegt.

Versandt wurden folgende Mitteilungen:

- **Mitteilungen des Sozialamtes**
 - Aktuelle Daten zur Flüchtlingssituation – **Anlage 1**
 - Mediationsverfahren Standorte Flüchtlingseinrichtungen – **Anlage 2**
 - Überlassung von zehn übertragbaren 9-Uhr-Abos an den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) zur leihweisen Ausgabe an Geflüchtete in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) – **Anlage 3**
 - Ausgaben Münster-Pass – **Anlage 4**
- **Mitteilung des Gesundheits- und Veterinäramtes**
 - Gewässeruntersuchungen – **Anlage 5**
- **Mitteilungen des Jobcenters**
 - Verteilung der Verwaltungs- und Eingliederungsmittel 2019 – **Anlage 6**
 - Existenzsichernde Leistungen (Vorlage 126/2018) – **Anlage 7**
 - Stand der Zielerreichung 2018 – **Anlage 8**

Herr Kollmann machte auf die Vorlage V/0627/2018 „Anpassung der Unterstützungssysteme für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler“ aufmerksam, die sich zurzeit im Beratungsverfahren befindet. Herr Kattentidt wies darauf hin, dass die Vorlage im Ausschuss für Schule und Weiterbildung einstimmig beschlossen worden sei und durchaus auch in die Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung gehört hätte. Herr Kattentidt äußerte die Erwartung, dass der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung künftig bei Vorlagen ähnlichen Inhalts in die Beratungskette aufgenommen werde.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Soweit Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zu einzelnen Punkten der Tagesordnung vorlagen, sind sie unter dem jeweiligen Punkt der Tagesordnung aufgeführt.

Sonstige Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses lagen nicht vor.

Frau Höper stellte die Vorlage vor.

Frau Winkel dankte der Verwaltung und dem Beirat Global Nachhaltige Kommune für die Vorlage und den erarbeiteten Katalog operativer Ziele und brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 9**.

Soweit die anderen Fraktionen über den Antrag der SPD-Fraktion in der Sitzung nicht beraten wollten, bat Frau Winkel, den Antrag als eingebracht anzusehen und die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Herr Scholz unterstützte das Anliegen der SPD-Fraktion, die Vorlage zu schieben.

Herr Reiners dankte der Verwaltung für die Vorlage und beantragte Abstimmung über die vorliegenden Anträge und die Vorlage.

Daraufhin stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zunächst über den Antrag von Frau Winkel ab, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Der Antrag von Frau Winkel, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben, wurde mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) abgelehnt.

Die SPD-Fraktion beantragte eine Beratungspause. Herr Kollmann unterbrach die Sitzung um 17:40 Uhr. Um 17:42 Uhr wurde die Sitzung fortgeführt mit einer Abstimmung über den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) abgelehnt.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig bei Enthaltungen (SPD) und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der vom Beirat Global Nachhaltige Kommune (GNK-Beirat) im Rahmen des GNK-Modellprojekts erarbeitete Katalog operativer Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil II (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der modifizierte Katalog operativer Ziele zur Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 (siehe Anlage 2: Stellungnahme und Beschlussempfehlung der Verwaltung) wird als weiterer Baustein des Orientierungs- und Handlungsrahmens für die nachhaltige Entwicklung beschlossen.
3. Die Ziele werden gemäß Ratsbeschluss vom 14.12.2016 (V/1063/2016) als Leitorientierungen und Bestandteile im Prozess MünsterZukünfte 20 | 30 | 50 verankert.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich mit der Umsetzung konkreter, aus den operativen Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 abgeleiteter Maßnahmen. Über die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen ist im Rahmen der jeweiligen Beschlussfassung über umzusetzende Maßnahmen zu entscheiden. Zu Beginn des Katalogs der operativen Ziele (Anlage 2) wird auf den Finanzierungsvorbehalt ausdrücklich und umfänglich hingewiesen.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0628/2018

Vom Umwandlungsmonitoring zum Quartiersdialog (Pilotprojekt `Hansaviertel/Hafen`) - Zwischenbericht zum Sachstand

Frau Peuling-Heerstraß stellte die Vorlage vor.

Frau Winkel nahm zu der Vorlage Stellung und brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 10**.

Nach einer Diskussion über die Inhalte der Vorlage wurde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung gebracht.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0692/2018

Räumliche Erweiterung und erweitertes Leistungsangebot des Drogenhilfezentrums INDRO e.V. - Errichtungsbeschluss -

Herr Piepel stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Mitglieder verschiedener Fraktionen lobten die Vorlage und die Arbeit des Drogenhilfezentrums INDRO e. V.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Das städtische Gebäude „Bremer Platz 18-20“ wird nach Plänen des Amtes für Immobilienmanagement von August 2018 für den Verein INDRO e.V. aufgestockt (siehe Anlage 1: Ratsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 6. März 2018 Raumprogramm und Anlage 3: Raumskizze Bremer Platz 18-20). Die Verwaltung wird beauftragt, den Baubeschluss zeitnah herbeizuführen.
2. Die Angebotszeiten des Drogenhilfezentrums INDRO e.V. werden erweitert um Öffnungszeiten am Samstag von 10.00 bis 15.00 Uhr.

3. Die Trägerförderung von INDRO e.V. und die dazugehörige Zuschussgewährung verbleibt wie bisher im vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien bewirtschafteten Produktbereich 06, Produktgruppe 0603 (siehe Anlage 2: Haushaltsbegleitantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien vom 20.11.2017 und im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung vom 21. November 2017).
4. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage ist der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0025/2018 „Raumsituation der Drogenberatung INDRO e.V.“ erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0603	Förderung von benachteiligten jungen Menschen			
Zeile	13	Transferaufwendungen	2019 ff.	52.560	
Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit	2019 ff.		
Zeile	13	Transferaufwendungen	2019 ff.	-52.560	budgetneutrale Gegenfinanzierung der Mehraufwendungen in PG 0603
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2020 ff.	11.000,00	Folgeaufwand
	14	Bilanzielle Abschreibungen	2020 ff.	12.270,00	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und ähnliche Finanzaufwendungen	2020 ff.	12.330,00	Folgeaufwand

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0603	Förderung von benachteiligten jungen Menschen			
Investitionsmaßnahme	NEU	Baukosten Aufstockung Sanierung Bremer Str.	2018		
Auszahlungen				822.000	apl. § 83 GO
Einzahlungen				0	
Summe aller Auszahlungen				-822.000	

Die zur Finanzierung der Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenhilfezentrums INDRO e.V. erforderlichen Ermächtigungen werden im Haushaltsplan 2019 bei der o. g. Produktgruppe zusätzlich zur Verfügung gestellt. Die Gegenfinanzierung erfolgt budgetneutral aus Mitteln der Produktgruppe 0602. Die in den Produktgruppen 0111 „Immobilienmanagement“ und 1601 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsentwurf 2019 veranschlagt.

Den in der PG 0603 zur Finanzierung erforderlichen außerplanmäßigen Auszahlungen wird nach § 83 GO NRW zugestimmt. Deckung: Minderauszahlungen in der Produktgruppe 0301 „Leistungen für Schulen“, Investitionsmaßnahme 4790 „Berufskollegs – Ersatzräume“.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0733/2018**

"Familiensprechstunde", Zwischenbericht des vom Land geförderten Präventionsprojektes für Kinder und Jugendliche mit psychisch erkrankten oder suchterkrankten Eltern

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0968/2018**

Wohnraum für Wohnungslose schaffen - "Housing first" in Münster umsetzen; Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat Nr.: A-R/0049/2018

Vor Eintritt in die Beratungen zu dem Tagesordnungspunkt erklärte sich Herr Voskamp für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und kündigte an, an der Beratung und Beschlussfassung der Vorlage nicht teilzunehmen.

Herr Ruppel stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Wölter begrüßte die Vorlage und wies darauf hin, dass der gemeinsame Haushaltsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einen Ansatz von jeweils 50.000 € für die Jahre 2019, 2020 und 2021 als Zuschuss für den Verein Dach überm Kopf e. V. für den Ankauf von 15 Wohnungen für wohnungslose Menschen vorsehe. Der Zuschuss solle durch einen Eintrag ins Grundbuch (dingliche Sicherung) abgesichert werden.

Frau Stadträtin Wilkens, Frau Arnkens-Homann, Frau Woldt und Herr Treutler nahmen zu diesem Ansinnen Stellung.

Herr Reiners formulierte den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wie nachfolgend festgehalten und beantragte, bereits unter diesem Tagesordnungspunkt über diesen Haushaltsantrag abzustimmen und die nachfolgende Formulierung als Beschlusspunkt 4 in die Vorlage zu übernehmen:

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung empfiehlt, in den Jahren 2019 – 2021 jährlich 50.000 € für den Verein Dach überm Kopf e. V. zur ergänzenden Finanzierung für den Erwerb von insgesamt 15 Wohnungen im Haushalt vorzusehen und den Zuschuss durch folgenden Grundbucheintrag für jede Wohnung abzusichern: Auf 20 Jahre befristete Beschränkung der Nutzung auf den Kreis von Personen, die im Sinne des Housing-First-Fonds die Wohnung grundsätzlich anmieten können.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte über den vorgenannten Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ab und beschloss diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) bei Gegenstimmen (SPD) und Enthaltungen (FDP, Piraten/ÖDP).

Anschließend stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über die Vorlage mit der Ergänzung eines Beschlusspunktes 4 entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ab und beschloss mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE.) bei Gegenstimmen (SPD) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP):

I. Sachentscheidung:

1. Zur Schaffung von dauerhaftem und nachhaltigem „Normalwohnraum“ für wohnungslose Menschen mit komplexen Problemlagen unterstützt die Stadt Münster die Erprobung des Housing-First-Ansatzes als eine neue Vorgehensweise in der Wohnungslosenhilfe. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, den Verein Dach überm Kopf e. V. als Kooperationsträger des landesweiten Projekts „Housing-First-Fonds“ im Rahmen der verfügbaren Ressourcen zu unterstützen.
2. Die Handlungsmöglichkeiten in diesem Feld, über die in der Begründung berichtet wird, werden zur Kenntnis genommen.
3. Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat Nr. A-R/0049/2018 „Wohnraum für Wohnungslose schaffen - ‚Housing first‘ in Münster umsetzen“ ist damit aufgegriffen.
4. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung empfiehlt, in den Jahren 2019 – 2021 jährlich 50.000 € für den Verein Dach überm Kopf e. V. zur ergänzenden Finanzierung für den Erwerb von insgesamt 15 Wohnungen im Haushalt vorzusehen und den Zuschuss durch folgenden Grundbucheintrag für jede Wohnung abzusichern: Auf 20 Jahre befristete Beschränkung der Nutzung auf den Kreis von Personen, die im Sinne des Housing-First-Fonds die Wohnung grundsätzlich anmieten können.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Jeweils 50.000 € für die Jahre 2019 - 2021

Es wird zur Kenntnis genommen:

- Der Verein Dach überm Kopf e. V. beantragt einen Zuschuss für den Ankauf von 15 Wohnungen für wohnungslose Menschen in Höhe von 10.000 € pro Wohnung, insgesamt also 150.000 €.
- Zur Finanzierung des beantragten Zuschusses kann die Verwaltung keinen Deckungsvorschlag anbieten.
- Nach Einschätzung der Verwaltung wird es kaum möglich sein, dieses Vorhaben bei dem äußerst angespannten Wohnungsmarkt in Münster innerhalb eines Haushaltsjahres in vollem Umfang zu realisieren. Daher geht sie davon aus, dass sich die Finanzierung eines solchen Projekts über mehrere Jahre hinziehen, der Zuschussbedarf des Trägers für das Jahr 2019 also deutlich geringer sein wird.

Frau Lichtenstein-van Lengerich erklärte, dass die CDU-Fraktion darauf Wert lege, dass die in dem Beschlussvorschlag der Vorlage unter Ziffer 4 der Sachentscheidung beschriebenen Stellen zum Stellenplan 2020 auch tatsächlich eingerichtet werden, um die nachhaltige Umsetzung der im Rahmen des Projektes erarbeiteten Handlungsansätze nach dem Ende der Projektlaufzeit zu gewährleisten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den anliegenden Zwischenbericht zum Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ zur Kenntnis.
2. Das MKFFI NRW hat kurzfristig die Option zur Verlängerung der Modellprojekte bis zum 31.12.2019 eröffnet. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung entsprechend die Fortsetzung der Förderung des Projektes vom 01.05. bis zum 31.12.2019 beantragt hat. Die Personal- und Sachkosten werden zu 90 % aus Landesmitteln finanziert.
3. Sofern die Projektlaufzeit bis zum 31.12.2019 verlängert wird, stimmt der Rat der Verlängerung der bis zum 30.04.2019 befristeten Projektstellen (2,0 VZÄ) bis zum 31.12.2019 zu.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Gewährleistung einer nachhaltigen Umsetzung der im Rahmen des Projektes erarbeiteten Handlungsansätze nach dem Ende der Projektlaufzeit zum 01.01.2020 folgende Stellen zum Stellenplan 2020 angemeldet werden: Im Sozialamt 1,0 VZÄ, EGr. S 15 und der Ausländerbehörde 1,0 VZÄ, EGr. E 10.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Ermittlung der Personalaufwendungen erfolgte auf der Basis der durchschnittlichen Personalkosten 2017.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2019	82.480	90 % der zuwendungs-fähigen Projekt-Aufwendungen
Erträge gesamt			2019	82.480	
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile 11		Personalaufwendungen	2019	89.640	1.5.-31.12.2019: 1 VZÄ S 15, 0,5 VZÄ E 10/A11, 0,5 VZÄ E 9a/A9 mD
		Personalaufwendungen	2020 ff.	69.320	1 VZÄ S 15
Zeile 16		Sonstige ordentliche Aufwendungen	2019	2.000	projektbezogene Sachausgaben
Produktgruppe	0206	Ausländerangelegenheiten			
Zeile 11		Personalaufwendungen	2020 ff.	68.440	1 VZÄ E 10/A11
Aufwand gesamt			2019	91.640	
			2020	137.760	
Saldo			2019	9.160	Eigenanteil 10 %

Die notwendigen Finanzierungsbedarfe sind im Entwurf des Haushaltsplanes noch nicht enthalten und werden durch Veränderungsblätter im Rahmen der Etatberatungen für den Haushalt 2019 eingebracht. Der kommunale Eigenanteil für die Personal- und Sachaufwendungen im Rahmen des Projektes „Einwanderung gestalten NRW“ in Höhe von 9.160 € wird über die Produktgruppe 0502, Sicherung des Lebensunterhalts, Zeile 16, gedeckt.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0834/2018**

Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2019 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss ohne Aussprache mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.):

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster nimmt die aktuell bestehenden sowie für das Jahr 2019 prognostizierten Eckwerte und Rahmenbedingungen zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) zu den Bundeszielen nach § 48b SGB II „Verbesserung der Integrationsquote“ und „Reduzierung der Langzeitleistungsbeziehenden“ im Rahmen folgender Korridore

Veränderung der Summe der Integrationen:
von +0,9 % bis + 6,0 % (+30 bis +200)

Veränderung des Bestands der Langzeitleistungsbeziehenden (Jahresdurchschnitt):
von +2,1 % bis +8,4 % (+200 bis +800)

zu dem voraussichtlichen weiteren Ziel des MAGS NRW „Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden“ im Rahmen des folgenden Korridors

Veränderung der Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden:
von +0,0 % bis +7,5 % (+80 bis +200)

eine Zielvereinbarung abzuschließen.

3. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster stimmt der kommunalen strategischen Ausrichtung und den Handlungsfeldern des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2019 zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung der Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten für den städtischen Haushalt.

**Punkt 12 der Tagesordnung
 V/0444/2018**
Neukonzeptionierung einer Arbeitsmarktkonferenz

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Auswertung der Verwaltung zu den gem. Beschlussvorlage V/0714/2014 (und Ergänzungsvorlagen V/0714/2014/1 sowie V/0714/2014/2) durchgeführten Arbeitsmarktkonferenzen in Münster in den Jahren 2015 bis 2017 zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, künftig Arbeitsmarktkonferenzen bedarfsorientiert und in flexiblem Format durchzuführen. Der Bedarf ergibt sich dabei aus aktuellen bzw. zukunftsgerichteten Themen und Herausforderungen im Bereich der Arbeitsförderung und wird durch die Verwaltung mit der lokalen Politik und dem Beirat des Jobcenters abgestimmt.

3. Mit der Beschlussfassung ist der Antrag der FDP-Fraktion Nr. A-R/0003/2014 abschließend bearbeitet.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Durchführung einer Arbeitsmarktkonferenz entstehen je nach Ausrichtung Personalkosten zwischen 5.000 € – 6.000 € und Sachkosten bis zu 8.000 €. Die Kosten werden aus dem Personal- und Sachkostenbudget des Jobcenters der Stadt Münster getragen (der kommunale Anteil daran beträgt 15,2 %) und jährlich grundsätzlich vorgehalten.

Punkt 13 der Tagesordnung **Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2019 des** **V/0903/2018** **Jobcenters der Stadt Münster**

Frau Winkel regte an, zusätzliche Informationen bezüglich der Leistungsberechtigten mit aufstockenden Leistungen aufzunehmen.

Herr Bierstedt sagte dies zu und beantwortete Fragen der Mitglieder

Herr Reiners sprach dem Jobcenter ein großes Lob für das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm aus und konstatierte, dass es in anderen Städten wenig Vergleichbares gebe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.).

I. Sachentscheidung:

Zum Erreichen der gesetzlichen und lokalen arbeitsmarktpolitischen Ziele wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2019 beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Umsetzung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2019 erforderlichen Ressourcen werden im Etat 2019 wie folgt finanziert:

Teilergebnisplan				
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €
Produktgruppe	0501	Grundsicherung für Arbeitsuchende		
Zeile	15	Transferaufwendungen	2019	16.300.000,00 ^{1,2}
	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2019	16.300.000,00 ^{1,2}

¹ Die Werte beruhen auf einer vorläufigen Berechnung, die ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres zuzüglich einer Mittelzuteilung in Höhe von 2,8 Mio. € für das neue Instrument zur Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16i SGB II) liegt.

² Die Mittelangaben beziehen sich nur auf den Eingliederungstitel des Jobcenters und bilden somit nur einen Auszug aus den Transferaufwendungen.

Der Rat hat sich mit Beschluss vom 11.12.2013 (Vorlage V/0622/2013) verpflichtet, im Falle einer Überschreitung der vom Bund finanzierten Eingliederungsleistungen bis zu 100.000,00 € überplanmäßig bereitzustellen.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/1024/2018**

**Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für
das Jahr 2019**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Die in der **Anlage 2** beigefügten Wirtschaftspläne für das Geschäftsjahr 2019 der von der Stadt Münster verwalteten rechtlich selbstständigen Stiftungen

**Magdalenenhospital, Siverdes, Vereinigte Pfründnerhäuser,
Pfründnerhaus Kinderhaus und Bürgerwaisenhaus**

und der rechtlich unselbstständigen Stiftungen

Friedrich und Irmgard Buschmann und Generalarmenfonds

sowie der Eigentümergemeinschaften

**288 Wohnungen Münster-Coerde, Altenwohnungen am Klarastift, Gesundheitshaus,
Altenwohnungen Finkenstraße und Altenwohnungen Kirchhoffweg**

werden genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden in den Einzelwirtschaftsplänen der jeweiligen Stiftung ersichtlich. Der städtische Haushalt ist lediglich hinsichtlich der beiden rechtlich unselbstständigen Stiftungen betroffen. Deren Jahresüberschüsse oder Jahresfehlbeträge werden in der Produktgruppe 1701 „Rechtlich unselbstständige Stiftungen“ in Zeile 07 „Sonstige ordentliche Erträge“ bzw. Zeile 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0792/2018**

**Förderung von freien Trägern im Bereich Jugend,
Schule, Gesundheit und Soziales**

Frau Winkel brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu Tarifstandards für Trägervereinbarungen ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 11**.

Herr Reiners wies darauf hin, dass es im Haupt- und Finanzausschuss einen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zu dem Thema geben werde.

Herr Scholz erklärte, dass es ebenfalls im Haupt- und Finanzausschuss einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. geben werde, der dem SPD-Antrag sehr ähnlich sei.

Frau Grönefeld meldete für die FDP-Fraktion Beratungsbedarf an.

Es wurde vereinbart, den SPD-Antrag als eingebracht anzusehen; eine Abstimmung über den SPD-Antrag erfolgte nicht.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0845/2018**
**Bericht zur Schuldner- und Insolvenzberatung in
Münster**

Herr Treutler beantwortete Fragen der Mitglieder.

Frau Grönefeld wies auf den späten Eingang der Vorlage hin.

Frau Lichtenstein-van Lengerich regte an, den Auswertungsbericht bereits vor dem avisierten Zeitpunkt zur Jahresmitte 2021 vorzulegen. Herr Treutler sagte dies zu.

Nach Beendigung von Punkt 16 der Tagesordnung unterbrach Herr Kollmann die Sitzung um 18:50 Uhr für eine 10minütige Pause.

Punkt 17 der Tagesordnung
Etatberatungen 2019

Um 19:00 Uhr führte Herr Kollmann die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung mit der Aufrufung des Punktes 17 der Tagesordnung (Etatberatungen 2019) fort.

Den Mitgliedern lagen folgende Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2019,
- Vorlage V/1010/2018 mit der Auflistung der eingegangenen Etatanträge und Kurzbewertungen der Anträge durch die Verwaltung,
- Zusammenstellung vom 19.10.2018 der bis dahin vorliegenden Haushaltsanträge der freien Träger mit Kommentierungen,
- Weitere Anträge freier Träger zum Haushalt 2019
- Veränderungsblätter der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2019,
- Anträge von Fraktionen zum Haushalt 2019,
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“,
- Hinweise zum Verfahren,
- Gesamtliste (Liste der Anträge und Veränderungsblätter, Stand: 21.11.2018, Seiten 1 - 28). Die Reihenfolge auf der Gesamtliste entspricht der Reihenfolge der Produktgruppen des Entwurfs des Haushaltsplans.

Herr Treutler erläuterte die den Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung übersandten und als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Hinweise zur Befangenheit und zum Verfahren.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der in der Gesamtliste aufgeführten Einzelpositionen abgearbeitet.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen oder Anträge Dritter nicht zur Abstimmung gestellt werden, gelten die Teilergebnispläne bzw. Teilfinanzpläne als beschlossen, allerdings ohne Veränderungsblätter der Verwaltung
- Anträge Dritter gelten als abgelehnt, wenn der Ausschuss sie nicht thematisiert oder aufgreift.
- Fraktionen müssen ihre Anträge ausdrücklich (mündlich) stellen.

**Punkt 17.1 der Tagesordnung
V/1010/2018****Städtische Zuschüsse in Aufgabenbereichen mit
Beratungskompetenz des ASSGVaf: Vorbereitung
der Beratung von Anträgen zum Haushalt 2019**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 17.2 der Tagesordnung**Beratung des Haushaltsplans 2019 (Teilergebnis-
pläne/Teilfinanzpläne)**

Die Beschlüsse der Haushaltsplanberatungen werden nach Produktgruppen sortiert aufgeführt. Soweit nichts anderes genannt ist, beziehen sich die laufenden Nummern auf die Gesamtliste, die den Mitgliedern vorlag.

Haushaltsplanberatungen 2019**Produktgruppe 0114 - Verwaltung der kommunalen Stiftungen (Band 1, Seiten 472-
475)**

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0114 wurde wie vorgesehen beschlossen.

**Produktgruppe 0116 - Migrations- und Integrationsmanagement (Band 1, Seiten 482-
492)****Teilergebnisplan**

lfd. Nr. 1	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 1)				

Band 1, S. 489 - Zeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	300.790	170.000	170.000	170.000	170.000
+/-		150.000	150.000	150.000	150.000
Neu	300.790	320.000	320.000	320.000	320.000

Bemerkungen:

Umsetzung der Vorlage V/0588/2018 "Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums Münster", Personal- und Sachkostenzuwendungen des Landes

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 1 der Verwaltung einstimmig.

lfd. Nr. 2	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 2)				

Band 1, S. 489 - Zeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	300.790	170.000	170.000	170.000	170.000
+/-		130.750	130.750	130.750	130.750
Neu	300.790	300.750	300.750	300.750	300.750

Bemerkungen:

Das Land NRW gewährt nach Maßgabe der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit (KOMM-AN KI NRW)" bis zum 31.12.2022 Förderungen im Rahmen der Aufgaben des Programms KOMM-AN NRW. Die o.a. Zuwendungen dienen der Fortführung des Förderprogramms KOMM-AN NRW.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 2 der Verwaltung einstimmig.

lfd. Nr. 3	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 3)				

Band 1, S. 489 - Zeile 11 - Personalaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	694.830	763.760	781.820	800.330	819.300
+/-		100.000	100.000	100.000	100.000
Neu	694.830	863.760	881.820	900.330	919.300

Bemerkungen:

Umsetzung der Vorlage V/0588/2018 "Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums Münster", Personalaufwendungen für zwei zusätzliche Stellen im Kommunalen Integrationszentrum

Frau Hamisch unterrichtete die Mitglieder darüber, dass sich die Ansatzserhöhung für die Jahre 2019 – 2022 nach Auskunft des Amtes für Finanzen und Beteiligungen auf jeweils 123.600 € belaufen müsse.

Der Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig das Veränderungsblatt Nr. 3 der Verwaltung in der nachfolgenden Fassung:

lfd. Nr. 3	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 3)				

Band 1, S. 489 - Zeile 11 - Personalaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	694.830	763.760	781.820	800.330	819.300
+/-		123.600	123.600	123.600	123.600
Neu	694.830	887.360	905.420	923.930	942.900

Bemerkungen:

Umsetzung der Vorlage V/0588/2018 "Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums Münster", Personalaufwendungen für zwei zusätzliche Stellen im Kommunalen Integrationszentrum

lfd. Nr. 4	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 4)				

Band 1, S. 489 - Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	22.200	8.360	8.720	9.020	9.380
+/-		50.000	50.000	50.000	50.000
Neu	22.200	58.360	58.720	59.020	59.380

Bemerkungen:

Umsetzung der Vorlage V/0588/2018 "Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums Münster", Sachaufwendungen Sprachmittler/innenpool

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 4 der Verwaltung einstimmig.

lfd. Nr. 5	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 5)				

Band 1, S. 489 - Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	22.000	8.360	8.720	9.020	9.380
+/-		15.000	15.000	15.000	15.000
Neu	22.000	23.360	23.720	24.020	24.380

Bemerkungen:

Das Land NRW gewährt nach Maßgabe der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit (KOMM-AN KI NRW)" bis zum 31.12.2022 Förderungen für Sachausgaben im Rahmen der Aufgaben des Programms KOMM-AN NRW. Die o.a. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen dienen der Fortführung des Förderprogramms KOMM-AN NRW.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 5 der Verwaltung einstimmig.

lfd. Nr. 6	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 6)				

Band 1, S. 489 - Zeile 15- Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	201.570	31.650	31.650	31.650	31.650
+/-		-900	-900	-900	-900
Neu	201.570	30.750	30.750	30.750	30.750

Bemerkungen:

Ansatzreduzierung der Transferaufwendungen (Zeile 15) um 900,00 Euro bei gleichzeitiger Ansatzerhöhung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16) um 900,00 Euro (Budgetverlagerung).

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 6 der Verwaltung einstimmig.

lfd. Nr. 7	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 7)				

Band 1, S. 489 - Zeile 15- Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	201.570	31.650	31.650	31.650	31.650
+/-		115.750	115.750	115.750	115.750
Neu	201.570	147.400	147.400	147.400	147.400

Bemerkungen:

Das Land NRW gewährt nach Maßgabe der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit (KOMM-AN KI NRW)" bis zum 31.12.2022 Förderungen für die Durchführung von bedarfsorientierten Maßnahmen von ehrenamtlich Tätigen, die dem Zusammenkommen vor Ort, der Orientierung sowie der individuellen Begleitung von geflüchteten und neuzugewanderten Menschen dienen. Die o.a. Transferaufwendungen dienen der Fortführung von Maßnahmen des Förderprogramms KOMM-AN NRW.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 7 der Verwaltung einstimmig.

lfd. Nr. 8	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 8)				

Band 1, S. 489 - Zeile 16- Sonstige Ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	89.460	59.470	59.480	31.650	31.650
+/-		900	900	900	900
Neu	89.460	60.370	60.380	60.390	60.400

Bemerkungen:

Ansatzhöhung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16) um 900,00 Euro bei gleichzeitiger Ansatzreduzierung der Transferaufwendungen (Zeile 15) um 900,00 Euro (Budgetverlagerung).

Herr Reiners machte auf einen Übertragungsfehler bei den Planungen der Aufwendungen (Alt) für die Jahre 2021 und 2022 aufmerksam. Das Veränderungsblatt muss in der korrekten Form wie folgt aussehen:

lfd. Nr. 8	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0116		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 8)				

Band 1, S. 489 - Zeile 16- Sonstige Ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	89.460	59.470	59.480	59.490	59.500
+/-		900	900	900	900
Neu	89.460	60.370	60.380	60.390	60.400

Bemerkungen:

Ansatzhöhung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16) um 900,00 Euro bei gleichzeitiger Ansatzreduzierung der Transferaufwendungen (Zeile 15) um 900,00 Euro (Budgetverlagerung).

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 8 der Verwaltung in der korrigierten Fassung einstimmig.

lfd. Nr. 9b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0116		
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Haus der Familie			

Band 1, S. 489 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 16

Fortsetzungsantrag (Anregung Nr. 2018-00173)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	29.170	29.170	Evaluierung	
Differenz	29.170	29.170		

Bemerkungen:

Qualifizierungsmaßnahme zum Kulturmittler

Frau Winkel erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich der Qualifizierungsmaßnahme zum Kulturmittler beim Haus der Familie anschließe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion einstimmig.

Produktgruppe 0211 - Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (Band 1, Seiten 598 – 605)

Teilergebnisplan/Teilfinanzplan

Der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan wurden wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Band 2, Seiten 148 – 161)

Teilergebnisplan

lfd. Nr. 10	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0501		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 9)				

Band 2, S. 158 - Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	2.043.870	2.063.870	1.848.660	1.705.350	1.705.350
+/-		-68.690	-68.690	-68.690	-68.690
Neu	2.043.870	1.995.180	1.779.970	1.636.660	1.636.660

Bemerkungen:

Kostenneutrale Verlagerung des Budgets für das Projekt "Bunte Schule" (Fachstelle zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit -FAGA-) vom Jobcenter zum Amt für Schule und Weiterbildung (Produktgruppe 0301).

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 9 der Verwaltung (lfd. Nr. 10 der Gesamtliste) einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners mit Hinweis auf den Haushaltsbegleitantrag den nachfolgenden Antrag. Der Haushaltsbegleitantrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 12**.

lfd. Nr. 11	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0501		
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL: Erhöhung der Anzahl der öffentlich geförderten Beschäftigungsmöglichkeiten			

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	120.000	120.000	120.000	0
Differenz	120.000	120.000	120.000	0

Bemerkungen:

s. Haushaltsbegleitantrag

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.).

Teilfinanzplan

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0501 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0502 - Sicherung des Lebensunterhalts (Band 2, Seiten 162 – 174)

Teilergebnisplan

lfd. Nr. 12	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0502		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 10)				

Band 2, S. 170 - Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	1.024.690	900.870	929.810	935.140	964.080
+/-		28.500	26.800	0	0
Neu	1.024.690	929.370	956.610	935.140	964.080

Bemerkungen:

Umsetzung der Vergabevorlage Nr. V/0759/2018 "Einsatz eines Sicherheitsdienstes im Sozialamt der Stadt Münster - Gebäude Von-Steuben-Str. 5"

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 10 der Verwaltung (lfd. Nr. 12 der Gesamtliste) einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

lfd. Nr. 13a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0502
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Deutsches Rotes Kreuz Münster Sozialwerk gGmbH	

Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr.

Neuantrag

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	28.000	51.100	51.400	0
Differenz	28.000	51.100	51.400	0

Bemerkungen:

Förderung des Projekts „Ehrenamtskoordination Flüchtlingshilfe für die DRK-Münster Wohnungssuche-Projekte“ ab 13.06.2019

Frau Winkel begründete die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Gegenstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (FDP).

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von der Pfarrei St. Clemens Hiltrup Amelsbüren in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsnetzwerk Hiltrup gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 14	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0502
	Pfarrei St. Clemens Hiltrup Amelsbüren in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsnetzwerk Hiltrup	

Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr.

Neuantrag (Anregung Nr. 2018-00204)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	30.000	30000	0	0
Differenz	30.000	30.000	0	0

Bemerkungen:

Förderung einer Integrationsfachkraft für Geflüchtete

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0502
15a	SPD-Fraktion bezüglich GGUA	

Band 2, S. 184 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr.
Neuantrag (Anregung Nr. 2018-00212)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	
Beantragt	49.890	49.890	49.890	
Differenz	49.890	49.890	49.890	

Bemerkungen:

Personal- und Sachkostenzuschuss zur ergänzenden Finanzierung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer/-innen (plus 0,85 VZÄ)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners mit Hinweis auf den Haushaltsbegleit Antrag den nachfolgenden Antrag. Der Haushaltsbegleit Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 13**

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0501
16	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL: Münster integriert in Ausbildung	

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	10.000	10.000	10.000	0
Differenz	10.000	10.000	10.000	0

Bemerkungen:

s. Haushaltsbegleit Antrag

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag einstimmig.

Herr Bierstedt sagte die Erstellung eines Handlungskonzeptes zu.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners mit Hinweis auf den Haushaltsbegleitantrag den nachfolgenden Antrag. Der Haushaltsbegleitantrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 14**.

lfd. Nr. 17	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0502
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL: Integration von Geflüchteten steigern	

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	180.000	180.000	180.000	0
Differenz	180.000	180.000	180.000	

Bemerkungen:

s. Haushaltsbegleitantrag

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag einstimmig bei Enthaltungen (SPD, FDP).

Teilfinanzplan

Keine Änderungsvorschläge

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0502 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0503 - Sicherung besonderer sozialer Bedarfe (Band 2, Seiten 176 – 192)

lfd. Nr. 18	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0503
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 11)		

Band 2, S. 188 - Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	552.530	667.320	693.110	715.660	741.450
+/-		40.000	40.000	40.000	40.000
Neu	552.530	707.320	733.110	755.660	781.450

Bemerkungen:

Umsetzung der Vorlage Nr. V/0464/2018 "Quartiersmanagement Hauptbahnhof / Bremer Platz". Es handelt sich um Mittel für die regelmäßige Reinigung und Wartung einer erweiterten WC-Anlage sowie um Mittel für die wissenschaftliche Begleitung des Projektes.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 11 der Verwaltung (Ifd. Nr. 18 der Gesamtliste) einstimmig.

Ifd. Nr. 19	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0503		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 12)				

Band 2, S. 188 - Zeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	2.374.708	2.388.700	2.488.840	2.588.980	2.689.130
+/-		38.000	38.000	38.000	38.000
Neu	2.374.708	2.426.700	2.526.840	2.626.980	2.727.130

Bemerkungen:

Umsetzung der Vorlage Nr. V/0464/2018 "Quartiersmanagement Hauptbahnhof / Bremer Platz". Es handelt sich um Mittel für die Raum- und WC-Miete.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 12 der Verwaltung (Ifd. Nr. 19 der Gesamtliste) einstimmig.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

Ifd. Nr. 20b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503		
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion bezüglich Diakonie Münster, Beratungs- und BildungsCentrum			

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht Ifd. Nr. 87

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00103)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	51.050	51.050	51.050	51.050
Beantragt	80.000	82.220	83.010	83.010
Differenz	28.950	31.170	31.960	31.960

Bemerkungen:

Anhebung und dynamische Fortschreibung des Zuschusses für die Beratungsstelle und Tagesstätte für Wohnungslose

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Winkel gestellten Antrag einstimmig.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Förderverein für Wohnhilfen e. V. gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 21a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Förderverein für Wohnhilfen e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 89
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00184)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	23.820	23.820	23.820	23.820
Beantragt	86.010	78.380	80.730	83.160
Differenz	62.190	54.560	56.910	59.340

Bemerkungen:

Anhebung des Zuschusses zur Finanzierung der um 0,7 auf 1,2 aufgestockten Stelle Sozialarbeit (Wohnen 60plus)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

lfd. Nr. 21b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion bezüglich Förderverein für Wohnhilfen e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 89
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00184)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	23.820	23.820	23.820	23.820
Beantragt	86.010	78.450	79.280	79.280
Differenz	62.190	54.630	55.460	55.460

Bemerkungen:

Anhebung des Zuschusses zur Finanzierung der um 0,7 auf 1,2 aufgestockten Stelle Sozialarbeit (Wohnen 60plus)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Winkel gestellten Antrag einstimmig.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Wölter folgenden Antrag:

lfd. Nr. 22b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion bezüglich Lokale Wohlfahrtsverbände (AWO, CV, Diakonie)	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 94

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00149)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	94.440	94.440	94.440	94.440
Beantragt	105.460	108.720	109.870	109.870
Differenz	11.020	14.280	15.430	15.430

Bemerkungen:

Anhebung und dynamische Fortschreibung des Zuschusses für die stadtteilorientierten Leistungsanteile der Sozialdienste Wohnungsnotfälle

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Wölter gestellten Antrag einstimmig.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Winkel folgenden Antrag, der dem Antrag von Arbeitslose brauchen Medien e. V. entspricht:

lfd. Nr. 23	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Arbeitslose brauchen Medien e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 95

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00167)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	11.790	11.790	11.790	11.790
Beantragt	27.000	27.000	27.000	27.000
Differenz	15.210	15.210	15.210	15.210

Bemerkungen:

Erhöhung des Aufgabenzuschusses um 15.210 € pro Jahr

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Winkel gestellten Antrag einstimmig.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von den Lokalen Wohlfahrtsverbänden (AWO, CV, Diakonie) gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 24a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Lokale Wohlfahrtsverbände (AWO, CV, Diakonie)	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 98
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00132)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	97.300	97.300	97.300	97.300
Beantragt	179.020	183.940	189.010	194.210
Differenz	81.720	86.640	91.710	96.910

Bemerkungen:

Anhebung und dynamische Fortschreibung des Zuschusses für die soziale Schuldnerberatung

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag:

lfd. Nr. 24b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD-Fraktion bezüglich Lokale Wohlfahrtsverbände (AWO, CV, Diakonie)	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 98
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00148)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	97.300	97.300	97.300	97.300
Beantragt	125.610	129.110	130.350	130.350
Differenz	28.310	31.810	33.050	33.050

Bemerkungen:

Anhebung und dynamische Fortschreibung des Zuschusses für die soziale Schuldnerberatung

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Seyfferth gestellten Antrag einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners den nachfolgenden Antrag. Er erklärte zur Aufnahme in die Niederschrift, dass die erhöhten Beträge für das Jahr 2022 noch nicht beantragt werden, weil die Tarifsteigerungen noch unbekannt sind.

lfd. Nr. 25b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Caritasverband für die Stadt Münster, Schuldnerberatung	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 98

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00132)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz (anteilig für den Caritasverband)	32.430	32.430	32.430	32.430
Beantragt	72.430	72.430	72.430	32.430
Differenz	40.000	40.000	40.000	0

Bemerkungen:

Personal- und Sachkostenzuschuss von 40.000 € ab 2019 bis 2021 für eine 0,5 Stelle „Koordination der ehrenamtlichen Schuldner- und Insolvenzberatung“

Frau Winkel erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich der Schuldnerberatung anschliesse.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter:

lfd. Nr. 26a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Sozialdienst katholischer Frauen e. V. (SKF) sowie Frauenhaus und Beratung e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 100

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00108)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	455.000	455.000	455.000	455.000
Beantragt	500.000	515.000	530.450	546.360
Differenz	45.000	60.000	75.450	91.360

Bemerkungen:

Anhebung des Personalkostenzuschusses für die Frauenhäuser auf 500.000 € im Haushaltsjahr 2019 und dynamisierte Fortschreibung ab 2020

Frau Lichtenstein-van Lengerich betonte, dass die Förderung der Frauenhäuser ein besonderes Anliegen sei. Mitglieder verschiedener Fraktionen schlossen sich dieser Aussage an.

Frau Winkel beantragte:

lfd. Nr. 26b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	SPD-Fraktion bezüglich Sozialdienst katholischer Frauen e. V. (SKF) sowie Frauenhaus und Beratung e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 100
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00108)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	455.000	455.000	455.000	455.000
Beantragt	500.000	515.450	520.910	520.910
Differenz	45.000	60.450	65.910	65.910

Bemerkungen:

Anhebung des Personalkostenzuschusses für die Frauenhäuser auf 500.000 € im Haushaltsjahr 2019 und dynamisierte Fortschreibung ab 2020

Nach kurzer Erörterung erklärten Frau Lichtenstein-van Lengerich und Herr Reiners, dass die Steigerungsraten in Orientierung an der TVöD-Entwicklung bemessen werden sollten und schlossen sich für Ihre Fraktionen dem letztgenannten Antrag an.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von der SPD-Fraktion vorgestellten Antrag einstimmig.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Seyfferth den folgenden Antrag:

lfd. Nr. 27b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	SPD-Fraktion bezüglich AFAQ e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 101
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00181)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	4.000	0	0	0
Beantragt	50.000	50.000		
Differenz	46.000	50.000	0	0

Bemerkungen:

Personal- und Sachkostenzuschuss

Frau Grönefeld, Frau Lichtenstein-van Lengerich und Herr Reiners erläuterten die Gründe für das Nichtaufgreifen des Antrages des AFAQ e. V. und die Ablehnung des Antrages der SDP-Fraktion.

Frau Seyfferth begründete den Antrag der SPD-Fraktion, Herr Scholz begründete seine Zustimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Alhamwi nahm Stellung zu dem Antrag des AFAQ e. V.

Herr Köhl beantragte, den folgenden Verwaltungsvorschlag aufzugreifen:

Die Verwaltung empfiehlt, den im Haushaltsjahr bereits vorgesehenen Zuschuss nicht zusätzlich zu einem neu bemessenen Zuschuss zu veranschlagen.

Der Zuschuss sollte daher (25.000 € [Miet-/Mietnebenkosten] + 12.000 € [Honorare, Vergütungen] =) 37.000 € nicht übersteigen.

Schließlich empfiehlt die Verwaltung zumal mit Blick auf die Höhe der Mietkosten, einen Zuschuss auf zwei Jahre zu befristen, um dem Verein Gelegenheit zu geben, die Kosten zu reduzieren.

Frau Arnkens-Homann und Herr Treutler erläuterten den Verwaltungsvorschlag.

Nach einer ausführlichen Diskussion stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zunächst über den von Frau Seyfferth gestellten Antrag der SPD-Fraktion ab und lehnte diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Anschließend stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über den von Herrn Köhl zum Antrag erhobenen Verwaltungsvorschlag ab und lehnte diesen mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag, der dem Antrag von Südviertel e. V. entspricht:

lfd. Nr. 28	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Südviertel e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 110

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00134)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	20.400	20.400	20.400	20.400
Beantragt	23.900	23.900	23.900	23.900
Differenz	3.500	3.500	3.500	3.500

Bemerkungen:

Anhebung des Teilansatzes für Betriebskosten um 3.500

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag einstimmig.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag, der dem Antrag von Kinderhauser Arbeitsloseninitiative e. V. (KAI) entspricht:

lfd. Nr. 29a	Antragsteller/in: SPD-Fraktion und Kinderhauser Arbeitsloseninitiative e. V. (KAI)	Produktgruppe 0503
-------------------------------	---	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 109
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	51.500	51.500	51.500	51.500
Beantragt	56.700	56.700	56.700	56.700
Differenz	5.200	5.200	5.200	5.200

Bemerkungen:

Erhöhung des städtischen Zuschusses an KAI um 5.200 € auf 56.700 € ab 2019

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Frau Seyfferth gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Lichtenstein-van Lengerich:

lfd. Nr. 29b	Antragsteller/in: CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Kinderhauser Arbeitsloseninitiative e. V. (KAI)	Produktgruppe 0503
-------------------------------	--	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 109
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	51.500	51.500	51.500	51.500
Beantragt	56.700	51.500	51.500	51.500
Differenz	5.200	0	0	0

Bemerkungen:

Erhöhung des städtischen Zuschusses an KAI um 5.200 € auf 56.700 € für 2019; Sperrvermerk (Änderung der Trägerschaft, Entsperrung durch den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Lichtenstein-van-Lengerich gestellten Antrag einschließlich des Sperrvermerks einstimmig bei Enthaltungen (SPD).

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag, der dem Antrag von Treffpunkt Waldsiedlung e. V. entspricht:

lfd. Nr. 30	Antragsteller/in: CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Treffpunkt Waldsiedlung e.V.	Produktgruppe 0503
------------------------------	--	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 111

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00164)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	3.300	3.300	3.300	3.300
Beantragt	8.600	8.600	8.600	8.600
Differenz	5.300	5.300	5.300	5.300

Bemerkungen:

Zusätzliche Mittel für eine Bürokraft von 5.300 € ab 2019

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Frau Seyfferth gestellten Antrag einstimmig.

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Seyfferth:

lfd. Nr. 31b	Antragsteller/in: SPD-Fraktion bezüglich Münsteraner Betreuungsvereine	Produktgruppe 0503
-------------------------------	--	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 112 und 113

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00104)

a) Förderung ehrenamtlicher Betreuung

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	168.660	168.660	168.660	168.660
Beantragt*	176.070	180.990	182.720	
Differenz	7.410	12.330	14.060	

b) Förderung der Beratung von ehrenamtlichen Bevollmächtigten

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	30.000	30.000	30.000	30.000
Beantragt	30.860	31.720	32.030	
Differenz	860	1.720	2.030	

Bemerkungen:

--

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
31c	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Münsteraner Betreuungsvereine	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. 112 und 113****Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-00104)****a) Förderung ehrenamtlicher Betreuung**

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	168.660	168.660	168.660	168.660
Beantragt*	174.660	180.660	182.660	182.660
Differenz	6.000	12.000	14.000	14.000

b) Förderung der Beratung von ehrenamtlichen Bevollmächtigten

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	30.000	30.000	30.000	30.000
Beantragt	30.000	30.000	30.000	30.000
Differenz	0	0	0	0

Bemerkungen:

--

Nach einer Diskussion einigten sich die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf folgenden gemeinsamen Antrag aus der Nummer b des Antrages der SPD-Fraktion (lfd. Nr. 31b - b) und der Nummer a des Antrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (lfd. Nr. 31c - a):

a) Förderung ehrenamtlicher Betreuung

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	168.660	168.660	168.660	168.660
Beantragt*	174.660	180.660	182.660	182.660
Differenz	6.000	12.000	14.000	14.000

b) Förderung der Beratung von ehrenamtlichen Bevollmächtigten

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	30.000	30.000	30.000	30.000
Beantragt	30.860	31.720	32.030	32.030
Differenz	860	1.720	2.030	2.030

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von Funky e. V. gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 32a	Antragsteller/in: Funky e.V.	Produktgruppe 0503
-------------------------------	--	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr.****Fortsetzungsantrag (Anregung Nr. 2018-00040)**

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	30.000	30.000	30.000	30.000
Differenz	30.000	30.000	30.000	30.000

Bemerkungen:

Fortschreibung des bis 2018 befristeten Aufgabenzuschusses von 30.000 € pro Jahr bis 2024

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Winkel:

lfd. Nr. 32b	Antragsteller/in: SPD-Fraktion bezüglich Funky e.V.	Produktgruppe 0503
-------------------------------	--	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr.****Fortsetzungsantrag (Anregung Nr. 2018-00040)**

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	30.000	25.000	20.000	0
Differenz	30.000	25.000	20.000	0

Bemerkungen:

--

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Frau Winkel gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., FDP, Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners den folgenden Antrag und betonte ausdrücklich die anschließende Evaluierung und Verlagerung in den Sportausschuss:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
32c	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Funky e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr.

Fortsetzungsantrag (Anregung Nr. 2018-00040)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	30.000	0	0	0
Differenz	30.000	0	0	0

Bemerkungen:

anschließend Evaluierung und Verlagerung in den Sportausschuss
--

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag einstimmig bei Enthaltungen (FDP, Piraten/ÖDP).

Herr Kollmann verwies darauf, dass das unter lfd. Nr. 33 der Gesamtliste aufgeführte Anliegen betreffend Dach überm Kopf e. V. für Housing first im Zusammenhang mit der unter dem Punkt 9 der Tagesordnung aufgeführten Vorlage 'V/0968/2018 – Wohnraum für Wohnungslose schaffen – „Housing first“ in Münster umsetzen; Antrag der CDU-Fraktion der und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat Nr.: A-R/0049/2018' beraten und aufgegriffen wurde.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
34b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Caritasverband für die Stadt Münster e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr.

Neuantrag (Anregung Nr. 2018-00116)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	43.380	43.380		
Differenz	43.380	43.380	0	0

Bemerkungen:

Förderung des Projekts „Quartiersentwicklung in Münster-Aaseestadt und Pluggendorf“ für 2019 und 2020, Sperrvermerk (Prüfung vorrangiger Fördermittel, Entscheidung über eine Entsperrung Ende des II. Quartals 2019 durch den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung)

Frau Winkel erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich des Caritasverbandes für die Stadt Münster e. V. anschließe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einschließlich des Sperrvermerks einstimmig bei einer Enthaltung (FDP).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag, der dem Antrag von Seniorenhilfe St. Mauritz e. V. entspricht:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
35	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Seniorenhilfe St. Mauritz e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr.

Neuantrag (Anregung Nr. 2018-00113)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	5.000	0	0	0
Differenz	5.000	0	0	0

Bemerkungen:

Einmaliger Personalkostenzuschuss

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) bei Gegenstimmen (SPD, FDP).

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Seyfferth:

lfd. Nr. 36a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	SPD-Fraktion und Münster-Tafel e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr.
Neuantrag (Anregung Nr. 2018-158)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	15.000	10.000	10.000	10.000
Differenz	15.000	10.000	10.000	10.000

Bemerkungen:

Zuschuss für die Münster-Tafel von 15.000 € im Jahr 2019 und von 10.000 € ab 2020

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Frau Seyfferth gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners:

lfd. Nr. 36b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Münster-Tafel e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr.
Neuantrag (Anregung Nr. 2018-158)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	10.000	0	0	0
Differenz	10.000	0	0	0

Bemerkungen:

Sperrvermerk (anderweitige Finanzierungsmöglichkeit; bei Bedarf Entsperrung durch den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den von Herrn Reiners gestellten Antrag einschließlich des Sperrvermerks einstimmig bei Enthaltungen (SPD, Piraten/ÖDP).

Vor Eintritt in die Beratungen zu dem nachfolgend aufgeführten Punkt (Ifd. Nummern 38a, 38b, 38c der Gesamtliste) erklärte sich Herr Kollmann für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und kündigte an, an der Beratung und Beschlussfassung der Anträge nicht teilzunehmen. Herr Reiners übernahm für diesen Punkt den Vorsitz.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter:

Ifd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
38a	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Begegnungszentrum Kinderhaus e. V. und Diakonie	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht Ifd. Nr.

Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2018-)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	72.000	72.000	72.000	72.000
Beantragt	85.820	88.210	89.060	89.060
Differenz	13.820	16.210	17.060	17.060

Bemerkungen:

Anhebung des Zuschusses für die Teilprojekte 4.02 (Integrationsarbeit vor Ort) und 6.01 (Schuldnerberatung vor Ort) sowie dynamisierte Fortschreibung

Frau Winkel erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Begegnungszentrums Kinderhaus e. V. und Diakonie anschließe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Nach Abschluss dieses Punktes übernahm Herr Kollmann wieder den Vorsitz.

Teilfinanzplan

Keine Änderungsvorschläge

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0503 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0504 – Wohngeld (Band 2, Seiten 194-197)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0504 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste (Band 2, Seiten 280-292)
Teilergebnisplan

lfd. Nr. 39	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0701		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 13)				

Band 2, S. 289 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	6.771.080	6.765.520	6.761.200	6.761.200	6.761.200
+/-		-	-	-	-
		1.400.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
Neu	6.771.080	5.365.520	5.661.200	5.661.200	5.661.200

Bemerkungen:

Der Städtetag NRW hat mit Schreiben vom 09.08.2018 die kommunale Beteiligung an der Krankenhausinvestitionsförderung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Landes NRW mitgeteilt. Hieraus ergeben sich für die Stadt Münster Reduzierungen der diesbezüglichen Transferaufwendungen (Krankenhauseumlage) in Höhe von 1.400.000 € für 2019 (auf 4.400.000 €) und 2020 bis 2022 jeweils jährlich von 1.100.000 € (auf 4.700.000 €).

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 13 der Verwaltung (lfd. Nr. 39 der Gesamtliste) einstimmig.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von Aids-Hilfe Münster e.V. gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 40a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0701		
	Aids-Hilfe Münster e.V.			

**Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 200**
Folgeantrag

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	172.010	172.010	172.010	172.010
Beantragt	229.000	229.000	229.000	229.000
Differenz	56.990	56.990	56.990	56.990

Bemerkungen:

Zuschusserhöhung ab 2019

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners:

lfd. Nr. 40b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0701
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Aids-Hilfe Münster e.V.	

Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 200

Folgeantrag

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	172.010	172.010	172.010	172.010
Beantragt	209.010	189.510	190.010	
Differenz	37.000	17.500	18.000	
Bemerkungen: Zuschusserhöhung ab 2019				

Frau Winkel erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Aids-Hilfe Münster e. V. anschließe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Hebammennetzwerk Münsterland e. V. gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 41	Antragsteller/in	Produktgruppe 0701
	Hebammennetzwerk Münsterland e. V.	

Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 214

Folgeantrag

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	7.500	7.500	7.500	7.500
Beantragt	38.500	38.500	38.500	38.500
Differenz	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000
Bemerkungen: Zuschusserhöhung ab 2019				

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden von der Kinderneurologie-Hilfe Münster e. V. gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 42	Antragsteller/in		Produktgruppe 0701
	Kinderneurologie-Hilfe Münster e.V.		

Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr.
Neuantrag (Anregung Nr. 2018-00195)

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	45.000	45.000	45.000	0
Differenz	-45.000	-45.000	-45.000	0

Bemerkungen:

Zuschuss ab 2019

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den von Herrn Scholz gestellten Antrag mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Teilfinanzplan keine Veränderungsvorschläge

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0701 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 1003 – Wohnen (Band 2, Seiten 376 – 383)

Teilergebnisplan

lfd. Nr. 43	Veränderungsblatt		Produktgruppe 1003
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 14)		

Band 2, S. 382 - Zeile 11 - Personalaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	2.198.590	1.736.840	1.775.810	1.815.740	1.856.660
+/-		214.600	214.600	214.600	214.600
Neu	2.198.590	1.951.440	1.990.410	2.030.340	2.071.260

Bemerkungen:

Beschluss des Rates vom 10.10.2018 zur Vorlage V/0878/2018 "Konversion York- und Oxford-Quartier, hier: Stellen- und Personalbedarfe"

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 14 der Verwaltung (Ifd. Nr. 43 der Gesamtliste) einstimmig.

Ifd. Nr. 44	Veränderungsblatt		Produktgruppe 1003		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 15)				

Band 2, S. 382 - Zeile 04 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	187.000	187.000	187.000	187.000	187.000
+/-		10.000	10.000	10.000	10.000
Neu	187.000	197.000	197.000	197.000	197.000

Bemerkungen:

Der Betrag i.H.v. 10.000 € (=Erhöhung der Gebühreneinnahmen) resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung der Förderzahlen im Mietwohnungsbau und in geringem Umfang aus der Erhöhung der Gebührensätze gem. NASA.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 15 der Verwaltung (Ifd. Nr. 44 der Gesamtliste) einstimmig.

Produktgruppe 1701 - Rechtlich unselbständige Stiftungen (Band 2, Seiten 586 – 589)

Teilergebnisplan

Ifd. Nr. 45	Veränderungsblatt		Produktgruppe 1701		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 16)				

Band 2, S. 588 - Zeile 06 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	15.050	15.050	15.050	15.050	15.050
+/-		3.040	3.040	3.040	3.040
Neu	15.050	18.090	18.090	18.090	18.090

Bemerkungen:

Ansatzanpassung an die neuen Wirtschaftspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen (hier: Stiftung Generalarmenfond)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 16 der Verwaltung (Ifd. Nr. 45 der Gesamtliste) einstimmig.

lfd. Nr. 46	Veränderungsblatt		Produktgruppe 1701		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 17)				

Band 2, S. 588 - Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2018	2019	2020	2021	2022
Alt	11.350	11.350	11.350	11.350	11.350
+/-		16.270	16.270	16.270	16.270
Neu	11.350	27.620	27.620	27.620	27.620

Bemerkungen:

Ansatzanpassung an die neuen Wirtschaftspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen (hier: Friedrich und Irmgard Buschmann Stiftung)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 17 der Verwaltung (lfd. Nr. 46 der Gesamtliste) einstimmig.

Punkt 18 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz (außer Punkt 17.2 der Tagesordnung,
lfd. Nrn. 38a, 38b, 38c der Gesamtliste)

gez.
Otto Reiners
Vorsitz (für Punkt 17.2 der Tagesordnung,
lfd. Nrn. 38a, 38b, 38c der Gesamtliste)

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung